Bericht der Kontrollkommission

Vors. **Wittmaack**: Den Bericht der Kontrollkommission erstattet der Senior unsrer Partei, Genosse Wilhelm Bock.

Wilhelm Bock (mit lebhaftem Beifall empfangen): Werte Genossinnen und Genossen! Der Bericht der Kontrollkommission umfaßt die beiden letzten Geschäftsjahre 1927 und 1928. Wie Sie schon aus den Jahrbüchern für 1927 und 1928 sowie aus dem Bericht des Parteivorstandes ersehen haben werden, war trotz aller Widerwärtigkeiten des Wirtschaftslebens und trotz der riesengroßen Arbeitslosigkeit die Entwicklung der Partei äußerst günstig. Wir haben als Kontrollkommission acht Revisionen vorgenommen, bei denen jedesmal die Hauptkasse, die Jugendkasse, die Bildungsausschußkasse, die Expedition des „Vorwärts" und die Portokasse revidiert wurden. Die Buchhandlung des „Vorwärts" haben wir zweimal geprüft. Außerdem fanden noch sieben Sitzungen mit dem Parteiausschuß in den beiden Jahren statt.

Was die Kassenführung betrifft, so kann ich Ihnen berichten, daß sie musterhaft war. Wir können stolz darauf sein, daß unser Kassenwesen so prächtig geordnet ist, während in andern Parteien die Kassenschlampereien nicht abreißen.

Erwähnenswert ist auch die jetzt unter Führung des Genossen Schulz stehende Buchhandlung, die einen großen Aufschwung genommen hat.

Gegen die Geschäftsführung des Parteivorstandes lag nur eine Beschwerde vor. Der Bezirksvorstand Leipzig wandte sich an die Kontrollkommission mit der Bitte, eine grundsätzliche Entscheidung darüber zu treffen, ob der Parteivorstand das Recht haben soll, bei Aufstellung von Kandidaten für den Reichstag entgegen den Beschlüssen eines Bezirksparteitags an der Aufstellung der Kandidatenliste eine Aenderung vorzunehmen. Anlaß zu diesem Verlangen gab die letzte Reichstagswahl. Der Antrag von Leipzig lautete:

1. Die Kontrollkommission ist ersucht, grundsätzlich die Frage zu prüfen, ob der Parteivorstand das Recht haben soll, entgegen den ordnungsgemäßen eindeutigen Beschlüssen eines Bezirksparteitags, der sich streng an sein vom Parteivorstand nicht beanstandetes Statut hält, dem Bezirk einen Kandidaten an einer beliebigen Stelle auf der Liste aufzuzwingen.

2. Die Kontrollkommission möge die Entscheidung des Parteivorstandes korrigieren und erklären, daß der vom Bezirksparteitag ordnungs- und statutengemäß gefaßte Beschluß rechtsgültig erfolgt ist.

Der Leipziger Bezirksparteitag hatte die Kandidaten für den Reichstag in folgender Reihenfolge aufgestellt: Lipinski (seitheriger Abgeordneter), Saupe (seitheriger Abgeordneter), Siemsen, Graf, Lang, Minna Schilling (seitherige Abgeordnete). Gegen die Reihenfolge der Kandidaten haben die Vorstände der Unterbezirke Döbeln und Rochlitz, Burgstädt-Mittweida Einspruch erhoben, weil die seitherige Abgeordnete Schilling von der sichern vierten Stelle an die ganz aussichtslose sechste Stelle gebracht worden war. Die Beschwerdeführer machten geltend, daß die Genossin Schilling auf den Tagungen der beiden Unterbezirke Rochlitz und Döbeln einstimmig als Kandidatin aufgestellt wurde; an gleicher Stelle sei beschlossen worden, zu fordern, daß den beiden Unterbezirken wie seither die vierte Stelle auf der Reichstagskandidatenliste zuerkannt werde.

Aus dem Bestreben, zu einer Einigung mit dem Unterbezirk Groß-Leipzig zu kommen und die Werbekraft und Schlagfertigkeit der Parteiorganisation in den beiden Unterbezirken nicht zu gefährden, erklärten sich die Beschwerdeführer im Einverständnis mit den Parteimitgliedschaften bereit, auf die bisherige vierte Stelle zu verzichten und sich mit der fünften abzufinden. Dazu war die Annahme entscheidend, daß im Wahlkampf ein fünftes Mandat erobert würde. In einer Vorstandssitzung des Bezirks Leipzig wurde dann beschlossen, dem Vorstand der beiden Unterbezirke zuzustimmen. Der Parteitag des Bezirks vom 1. März

1928 hob indes diesen Beschluß auf und wies die Genossin Schilling wiederum auf die sechste Stelle.

Der Parteivorstand beschloß: Kandidat auf der fünften Stelle der Wahlkreisliste Leipzig ist die Genossin Schilling.

Die Kontrollkommission hatte zunächst zu entscheiden, ob dem Parteivorstand nach dem Organisationsstatut das Recht zustehe, irgendwelche Entscheidungen zu treffen. Nach § 20 Absatz 2 des Organisationsstatuts hat der Parteivorstand das Recht, auf Antrag der beteiligten Organisationen bei Differenzen, die bei Aufstellung von Reichstagskandidaten entstehen, zu entscheiden. Deshalb war es nicht Aufgabe der Kontrollkommission, über das Statut hinauszugehen. Wir haben dementsprechend den betreffenden Genossen den Bescheid erteilt, daß der Parteivorstand das Recht besitzt, in die Kandidatenliste einzugreifen.

Die im Jahrbuch 1928 erwähnte kleine Differenz zwischen Kontrollkommission und Parteivorstand ist nach einer gemeinsamen Aussprache beglichen und dem Wunsche der Kontrollkommission entsprechend aus der Welt geschafft worden. Im allgemeinen war die Zusammenarbeit kameradschaftlich und kollegial. Ich bin von der Kontrollkommission beauftragt worden, Sie zu ersuchen, dem Parteivorstand für seine Geschäftsführung vollständige Entlastung zu erteilen.

Ich erwähne nochmals, daß die Gesamtentwicklung der Partei in den verflossenen zwei Jahren eine glänzende war. Ist doch die Mitgliederzahl, wie aus dem Bericht des Genossen Ludwig hervorging, um 126 000 gestiegen, so daß an der Million, die wir jedenfalls bald erreichen werden, nicht mehr viel fehlt.

Die Kontrollkommission ließ sich auch einen Bericht von dem Geschäftsführer der „Konzentration", Parteipresse A.-G., dem Genossen Rupprecht erstatten, in welchem festgestellt wurde, daß die Partei über 196 Zeitungen mit mehr als 1 300 000 Abonnenten verfügt. Der Umsatz im Buchhandel belief sich auf 3 810 134 Mark. Das sind Ziffern, die von der unbesiegbaren Lebenskraft der Sozialdemokratie Zeugnis ablegen. Es wäre zum Totlachen, wenn es nicht so bitter ernst für die Arbeiterklasse wäre, daß eine sogenannte Arbeiterpartei, die Kommunistische Partei, seit Jahr und Tag den Untergang der Sozialdemokratischen Partei verkündet. Die Kommunisten verrichten damit eine Sisyphusarbeit, der jeder Erfolg versagt ist.

Unsre Magdeburger Parteigenossen haben vor Beginn des Parteitags geschrieben: „Der Parteitag soll kein Konzil der Prominenten, sondern eine Manifestation der Kraft und der Größe der deutschen Sozialdemokratie sein." Ich kann wohl sagen, daß dieses Vorhaben den Magdeburger Parteigenossen vollständig geglückt ist.

Wer den gestrigen Aufmarsch der Tausende und aber Tausende gesehen hat, wird von der Sieghaftigkeit der Sozialdemokratie bestimmt überzeugt sein.

Von den Genossen, die vor 60 bis 65 Jahren die kleine Sozialdemokratische Partei in Deutschland schufen, werden außer mir nur noch wenige am Leben sein. Wenn ich von allen denen, die unter den schwierigsten Verhältnissen, unter unsäglichen Qualen und Torturen damals die Partei gründeten und aufrechterhielten, nur einen Teil hätte erwecken können, um für die Sozialdemokratie zu zeugen, so wäre diese Manifestation ein großartiger Eindruck für Sie alle gewesen. Ich weiß, daß es auch in unsrer Partei viele Pessimisten gibt, die an dem endgültigen Sieg der Sozialdemokraten zweifeln. Wer aber weiß, mit welchen Opfern die ersten zehn Jahre der Partei in Deutschland verbunden waren, wem wie mir bekannt ist, wie die harten Männer der Arbeit mit Tränen im Auge und einen Fluch auf den Lippen herzzerreißenden Abschied von ihren Frauen und Kindern nehmen mußten, weil sie als Sozialdemokraten von ihrem Wohnort, von ihrer Arbeitsstätte ausgewiesen wurden, wer miterlebt hat, wie diese Männer mit Verachtung das zynische Angebot zurückwiesen, in ihrer Heimat zu bleiben, wenn sie abschwören, der Sozialdemokratie anzugehören, der

muß zu der Ueberzeugung gelangen, daß eine Partei, die solche Opfer bringen kann, unter allen Umständen sieghaft sein muß.

Sie wissen: ich bin unabhängiger Parteigenosse gewesen. Ich habe auch die erste Spaltung von 1869 mitgemacht. Wir waren damals getrennt in Lassallianern und Eisenachern. Ich habe den Vereinigungskongreß von 1875 mit arrangiert und ihm bei Beginn präsidiert, und ich habe gesehen, welchen ungeheuren Erfolg jede dieser Einigung bedeutete. Ich habe ferner die zweite Spaltung und die Wiedervereinigung miterlebt und kann heute nur konstatieren, daß die Einheit der Partei die Kraft erzeugt, die notwendig ist, um den endgültigen Sieg der Sozialdemokratie zu erreichen (lebhaftes Bravo!), daß wir alles tun müssen, um die Einheit der Partei zu erhalten. Sie kann aber nur dadurch erhalten werden, daß vollständige Meinungsfreiheit innerhalb dieser Millionenpartei herrscht. Die freie Kritik ist die Lebenskraft einer solch großen Partei; aber diese Kritik muß, wie auch bereits erwähnt worden ist, kameradschaftlich geführt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Ich hoffe, daß auch dieser Parteitag, der nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze internationale Sozialdemokratie ein Ereignis ist, den sieghaften Vormarsch der Sozialdemokratischen Partei bis zur endgültigen Befreiung des Proletariats fördern wird. (Stürmischer Beifall.)

Zum Schlusse noch ein paar Worte! Ich möchte Ihnen für die Größe der Parteientwicklung auch einen augenscheinlichen Beweis liefern. Dieses kleine Büchlein hier ist das erste Protokoll der Partei über den Parteitag von 1869. Es zählt nur 67 Seiten. Heute sehen unsre Protokolle ganz anders aus. Redner hält einen stattlichen Band von 700 Seiten in der Hand hoch. Sorgen wir dafür, daß die Bände noch stärker, aber dann auch gelesen werden. (Heiterkeit und Zustimmung.)

Aussprache zum Bericht des Parteivorstandes

Vors. **Wels**: Wir kommen nunmehr zur Aussprache. Zur Diskussion stehen die Anträge Nr. 1 bis 15 — Nr. 16 ist zurückgezogen —, 17 bis 38. 112 Absatz 2 und 3, 103, 126, 136, 137, 139, 140, 156, 158, 159, 171, 172, 173 und 177.

Parteivorstand und Parteiausschuß haben beschlossen, mit dem Bericht des Parteivorstandes zu verbinden die Frage der Teilnahme an einer Koalitionsregierung — das, was wir in der Regierung getan haben, steht beim Bericht der Reichstagsfraktion zur Diskussion —, außerdem die Frage der Stellungnahme zum Panzerkreuzer, weil hiervon das Verbleiben der sozialdemokratischen Minister in der Regierung abhängig ist.

Ich eröffne die Aussprache.

Maeder (Altenburg): Parteigenossinnen und Genossen! Den Bericht des Genossen Vogel über die Tätigkeit des Parteivorstandes könnte man überschreiben: „Und siehe da, er sah, daß alles sehr gut war!". Wir aus der Provinz sind nicht der Ueberzeugung, daß alles das, was der Parteivorstand im Laufe der letzten beiden Jahre getan hat, so außerordentlich gut gewesen ist. Ich persönlich bin sogar der Meinung, daß eine ganze Fülle der Taten des Parteivorstandes der allerschärfsten Kritik bedürfen. Ich stimme mit dem Genossen Vogel durchaus überein, wenn er heute vormittag erklärte: der 20. Mai 1928 sei ein Siegestag für das Proletariat gewesen. Aber ich ziehe aus dieser Tatsache durchaus andre Konsequenzen als der Genosse Vogel. Ich vertrete die Auffassung, daß der starke Stimmenzuwachs der Partei am 20. Mai 1928 in erster Linie ein Vertrauensvotum für die zielklare Politik gewesen ist, die die Fraktion des vorigen Reichstags betrieben hat. Ja, es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Genossen, die im vorigen Reichstag eine klare Oppositionspolitik getrieben haben und in ihren Versprechungen während der Wahl maßvoll gewesen sind, den Sieg vom 20. Mai als Vertrauenskundgebung

der Wählerschaft registrieren dürfen. Der Kieler Koalitionsbeschluß ist vom Parteivorstand nicht folgerichtig angewandt worden. Es wäre notwendig gewesen, sich von vornherein zu überlegen, ob innerhalb einer solchen „Regierung der Köpfe" ohne Programm etwas Wesentliches für die Arbeiterklasse zu erreichen sein werde oder nicht. Die Bürgerlichen hatten von vornherein ein klares Programm. Die Volksparteiler erklärten z. B. ohne alle taktischen Erwägungen: an dem Bestand der Reichswehr dürfe nicht gerüttelt werden, ein Ausbau der Sozialpolitik käme nicht in Frage. Sie haben im wesentlichen auch erreicht, was sie sich damals vorgenommen haben.

Die Frage des Panzerkreuzers hat sich der Genosse Vogel heute früh sehr leicht gemacht. Er hat im Grunde genommen nur den Beweis dafür zu erbringen versucht, daß auch in dieser für die Partei peinlichsten Angelegenheit alles richtig gewesen sei, was die vier Genossen in der Regierung getan haben. Ich stelle demgegenüber fest, daß die Haltung dieser Genossen draußen im Lande von Tausenden und Hunderttausenden der Parteimitglieder als schwerer Verstoß gegen die Parteidisziplin empfunden worden ist. Es wird niemand geben, der grundsätzlich gegen jede Koalition wäre. Auch ich bin durchaus kein absoluter Gegner der Koalition, vertrete aber die Meinung, daß wir nach den Erfahrungen des letzten Jahres Koalitionen ohne Programm nicht wieder befürworten sollten. Selbst Genosse Wels und andre Genossen, die wie er auf dem Boden weitestgehender Koalitionspolitik stehen, haben es sich doch nicht versagen können, festzustellen, daß das Proletariat trotz unsrer Beteiligung an der Regierung einen unsagbar schweren Leidensweg gegangen ist. Dieser Leidensweg ist nicht abgekürzt worden durch die Koalitionspolitik des letzten Jahres, sondern eine Enttäuschung der Arbeiterschaft ist auf die andre gefolgt.

Ich stelle fest, daß es nicht möglich ist, im Rahmen der heutigen Debatte lediglich auf die Panzerkreuzerfrage einzugehen. Wenn man schon die Diskussion über das Koalitionsproblem mit dem ersten Punkt der Tagesordnung in Verbindung bringt, so müssen wir doch wohl berechtigt sein, wenigstens andeutungsweise auf die Fehlschläge der gegenwärtigen Koalition im Reiche einzugehen. Die vier Genossen in der Regierung haben entgegen den Versprechungen der Partei im Wahlkampf gehandelt. Wir haben dem Panzerkreuzerbauvorhaben im Wahlkampf die Forderung auf Kinderspeisungen entgegengestellt. Aber diese wichtige Frage ist nach der Wahl stark in den Hintergrund getreten. Wir können uns doch nicht auf den Standpunkt stellen, daß in jeder Beziehung nur die Politik des geringsten Widerstandes, eine Politik des jeweils kleinsten Uebels zu treiben sei. Wir müssen vielmehr ebenso zäh wie beispielsweise das Zentrum mit seinen Konkordatsansprüchen mit unsern sozialen, kulturellen und wirtschaftspolitischen Ansprüchen hervortreten. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, daß das Vertrauen der Genossen im Lande auch zu den vier Genossen in der Reichsregierung wieder wächst.

Severing hat in Hamburg versprochen: „Ich werde die Teno abbauen!" Und was ist geschehen? — Er wurde durch die Bürgerlichen gezwungen, den Etatsposten für die Teno selbst wieder in den Reichshaushalt einzusetzen.

Wir mußten es leider erleben, daß Severing das von Schiele ausgearbeitete Berufsausbildungsgesetz mit seinem Namen unterzeichnet und sich damit im Grunde genommen die Kulturpolitik Schieles zu eigen gemacht hat. Diese bedauerliche Tatsache hat in der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer starkes Befremden hervorgerufen.

Dem Genossen Schulz möchte ich sagen: Es kommt nicht nur darauf an, daß man Bildungsarbeit schlechthin befürwortet, sondern viel wesentlicher ist, daß wir sozialistische Bildungsarbeit betreiben. Staatsbürgerliche Erziehung verlangen auch die Gegner im bürgerlichen Lager. Unsre Bildungsarbeit muß eine klare sozialistische Note tragen.

Ein paar Worte zu den notwendigen praktischen Folgerungen aus unserm Agrarprogramm. — Wenn künftig eine Regierung mit Programm zustande